

## **Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS)**

### **Frage 1 zur Wohnungspolitik**

Unter Zustimmung der SPD und der CDU wurden in den Jahren 2004 bis 2007 unter Ex-OB Hoffmann rd. 1.000 Wohnungen der stadteigenen Nibelungen Wohnungsbaugesellschaft an eine private Wohnungsgesellschaft verkauft. Eine Wohnung kostete etwa 18.000 Euro!

Werden der Nibelungen Gelder in vergleichbarer Höhe wieder zugeführt werden, um den sozialen Wohnungsbau zu stärken? Sollen weitere Wohnungen verkauft werden und wie/wo sollen sozial Schwache zukünftig in der Stadt wohnen können?

#### **Antwort**

Insgesamt wurden der stadteigenen Nibelungen-Wohnbau GmbH (NiWo) auch durch jährliche "Gewinn"- Abführungen an die Stadtkasse rund 46 Millionen Euro entzogen. Seit April 2015 steht der BIBS-Antrag zur Abstimmung, durch eine entsprechende Kapital-Aufstockung, diese jetzt dringlich für den Bau preiswerter Wohnungen nötigen Mittel an die NiWo zurückzugeben, um dadurch z.B. für die neuen NiWo-Wohnungen in der Nordstadt eine Mietpreisbegrenzung von 5-6 Euro zu erreichen. Da werden wir weiter Druck machen, denn leider blockieren die Parteien im Aufsichtsrat der NiWo (SPD, CDU und Grüne) diesen BIBS-Antrag seit über einem Jahr.

### **Frage 2 zur Umweltpolitik**

Die Stadt hat in der Vergangenheit Grünflächen in der Innenstadt und an ihrem Rand zur Bebauung freigegeben und an Investoren verkauft. Zum Beispiel den Schlosspark, Kleinpark an der Gördelinger Straße (heute BZ), Krankenhauspark Langer Kamp. Wie sollte die Stadt diesen Verlust unter stadtklimatischen Gesichtspunkten kompensieren und wie werden sie sich verhalten, wenn weitere Investoren auftreten, um bewachsene Flächen zu bebauen?

#### **Antwort**

Die Politik der so genannten "Verdichtung" durch intensives Zubauen auch der letzten Freiflächen geht leider - wie zuletzt im Falle des Verkaufs des Krankenhaus-Grundstücks „Langer Kamp“ - zulasten alter Baumbestände, wobei am Langer Kamp dann auch noch solide alte Bausubstanz vernichtet wurde. Das wird es mit der BIBS im Fall des Krankenhaus-Grundstücks Holwedestraße nicht noch einmal geben. Im Übrigen sollte Braunschweig, ähnlich wie Düsseldorf, freiwillig auf das so genannte "vereinfachte Verfahren" gemäß §13 Baugesetzbuch verzichten, bei dem kein Umweltbericht und keine Ausgleichsmaßnahmen erforderlich sind. Dieses Verfahren wird gerade bei der "Innenraumverdichtung" leider gerne angewendet, da es sich meistens um kleinere Flächen handelt.

### **Frage 3 zur Kulturpolitik**

Die SBK ist für die kulturelle Entwicklung der Stadt von erheblicher Bedeutung. Sie bestimmt durch ihre Förderpolitik mit über das kulturelle Leben der Stadt. Der Landesrechnungshof hat die SBK kritisiert, weil sie erhebliche Mittel nicht im

Sinne der Stiftungssatzung vergeben haben soll, indem sie in größerem Umfang Eigenwerbung betrieben hat. Welche Politik, z. B. Personalpolitik, werden sie hinsichtlich der SBK betreiben?

**Antwort**

Es war ein großer Fehler, den Stiftungsvorsitz nach der Oberbürgermeisterwahl vor zwei Jahren bei Ex-OB Hoffmann gelassen zu haben. Wir hatten seinerzeit den sofortigen Wechsel gefordert, aber es gab wohl anders lautende Absprachen zwischen CDU und SPD. Das rächt sich jetzt.

**Frage 4 zur Kulturpolitik**

Die Kultur unserer Stadt wird erheblich durch die engagierten Bürgerinnen und Bürger in diversen ehrenamtlich geführten Initiativen gestaltet. Diese Initiativen sind oft das Gesicht der Stadt weit über die Stadtgrenzen hinaus. Wie werden sie diese Initiativen zukünftig verstärkt fördern, zumal, wenn diese Initiativen öffentlich aktiv zum Wohle der Stadt agieren?

**Antwort**

Die letzten beiden Haushalte der Stadt tragen in vielen Punkten bereits die Handschrift der BIBS, wodurch die wertvollen Engagements einer Fülle von Initiativen in der Stadt gesichert werden konnten. Das werden wir fortsetzen."

**Frage 5 zur Politikentfremdung und Radikalisierung**

Welche Planung hat ihre Partei/Gruppierung hinsichtlich der politikverdrossenen Strömungen in der Bevölkerung? Was werden sie den Bürgern außerhalb einer Parteimitgliedschaft anbieten?

**Antwort**

Wir haben als BIBS in den letzten 10 Jahren zahlreiche alternative Angebote entwickelt, wie die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt direkt in die Politik einsteigen können. Der Zulauf zu den Bürgerinitiativen bestätigt uns in diesem Angebot."

Jeden Sonnabend sind wir von der BIBS auf dem Kohlmarkt. Auch das ist unser Beitrag gegen Politikentfremdung, politischer Anonymität, Radikalisierung und Demokratieentfremdung.

**Frage 6 zur Finanzpolitik**

Nach dem Finanzwunder von Braunschweig ist Ernüchterung eingeleitet. Die Schuldenlage der Stadt scheint nicht klar zu sein. Wird es einen Kassensturz geben, um die Schulden der Stadt eindeutig beziffern zu können?

**Antwort**

In der Ratssitzung am 21. Juni 2016 konnten wir durch einen Zusatzantrag zum Rechnungsabschluss 2014 erstmals die so genannten "Schuldversprechen" oder auch "Schuldscheine" in die Schuldenbewertung der Stadt einbeziehen. Nun zeigt sich, dass die Pro-Kopf-Verschuldung nicht - wie noch unter Ex-OB Hoffmann behauptet - nur 315 Euro beträgt, sondern siebenmal so hoch ist, nämlich 2.180 Euro! Die behauptete Schuldenfreiheit der Stadt unter CDU-Regie

beruhte auf dem simplen Buchungs-Trick, die Schuldscheine einfach unter den Tisch fallen zu lassen.

Wir werden auch zukünftig den Haushalt kritisch analysieren und jede gefundene Trickserei öffentlich machen.